



Standard Eurobarometer 82

**DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION
Herbst 2014**

NATIONALER BERICHT

DEUTSCHLAND

Durchgeführt im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland verfasst.

Dieses Dokument repräsentiert nicht die Sichtweise der Europäischen Kommission.
Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard Eurobarometer 82 / Herbst 2014 – TNS Opinion & Social

Inhaltsverzeichnis

I.	Beurteilung der persönlichen und allgemeinen Situation.....	1
1.	Einschätzung der befragten Bürger bezüglich der aktuellen Situation.....	1
2.	... und ihre Erwartungen an die nächsten 12 Monate.....	1
3.	Die wichtigsten Herausforderungen, denen Deutschland und die EU gegenwärtig gegenüber stehen.....	2
II.	Der Weg zu mehr Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel	3
1.	Wie soll der Reformkurs weitergehen?	3
2.	Meinungen zu Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise	3
3.	Reform der weltweiten Finanzmärkte	4
4.	Bewertung der Ziele, die die EU bis 2020 erreichen will	4
5.	Meinung zum Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA	5
6.	Einstellungen zu Einwanderung in die EU und Migration innerhalb der EU	6
7.	Europäische Energieunion	7
8.	Datenschutz in der EU	7
III.	Einstellungen der Bürger zur EU	8
1.	Einstellung zur EU	8
2.	Identifikation mit der EU	8
IV.	Schlussfolgerung.....	10

I. Beurteilung der persönlichen und allgemeinen Situation

1. Einschätzung der befragten Bürger bezüglich der aktuellen Situation...¹

Die Deutschen halten den Zustand der eigenen Volkswirtschaft für gut (78%, +5 Pp). Europaweit können das nur 34% (+/-0 Pp) von der eigenen Wirtschaft sagen, die Mehrheit der befragten Europäer hält den Zustand ihrer Wirtschaft für schlecht (63%, +/-0 Pp).

Wenn es um die europäische Volkswirtschaft insgesamt geht, werden auch die befragten Deutschen pessimistischer. Nur noch 35% (-4 Pp) der Deutschen glauben, dass die Volkswirtschaften der Europäischen Union insgesamt in einem guten Zustand sind, während dies 57% (+6 Pp) nicht glauben. Europaweit glaubt noch nicht mal jeder dritte Befragte (30%, -1 Pp) daran, dass es Europa insgesamt wirtschaftlich gut geht, während 59% (+3 Pp) die europäische Wirtschaft insgesamt in einem schlechten Zustand sehen.

Ihre persönliche Jobsituation bezeichnen allerdings sowohl Deutsche (64%, -3 Pp) als auch Europäer (56%, +/-0 Pp) als gut. In Griechenland (53%, +5 Pp), Bulgarien (48%, +/-0 Pp), Ungarn (47%, +/-0 Pp), Kroatien (47%, -1 Pp) und in der ebenfalls abgefragten Türkei (52%, +14 Pp) empfindet eine Mehrheit oder eine relative Mehrheit der Befragten ihre persönliche Jobsituation dagegen als schlecht.

Eine große Mehrheit (78%, -1 Pp) der Deutschen und immerhin 65% (-1 Pp) der Europäer sind mit der finanziellen Situation ihres Haushaltes zufrieden.

Die Beschäftigungslage in Deutschland beurteilen 63% (-4 Pp) der Deutschen als gut, europaweit kann sich dieser Aussage nur jeder vierte Befragte anschließen (24%, +1 Pp). Eine Mehrheit der Europäer hält die Beschäftigungslage in ihrem jeweiligen Land für schlecht (73%, -1 Pp).

2. ... und ihre Erwartungen an die nächsten 12 Monate²

Die meisten Deutschen (67%, -5 Pp) wie Europäer (58%, -1 Pp) erwarten nicht, dass ihnen persönlich im kommenden Jahr große Veränderungen bevorstehen. Nur 23% (+3 Pp) der Deutschen und 28% (+1 Pp) der Europäer erwarten grundlegend Neues in ihrem Leben.

Ähnliches gilt für die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Landes. 56% (-13 Pp) der Deutschen glauben, dass die wirtschaftliche Entwicklung so weiter gehen wird wie bisher. Allerdings glauben über ein Viertel der Befragten an eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation (28% +14 Pp). Vor allem in der Altersgruppe über 55 Jahren ist fast jeder dritte Befragte pessimistisch (32%). Europaweit glauben 45% (-2 Pp) der Befragten, dass die wirtschaftliche Situation sich nicht verändern wird, während ebenfalls 28% (+5 Pp) der Befragten von einer Verschlechterung der Situation in ihrem jeweiligen Land ausgehen.

Die Mehrheit der Deutschen (73%, -1 Pp) wie der Europäer (61%, -1 Pp) erwarten auch in Bezug auf die finanzielle Situation ihrer Haushalte keine maßgebliche Veränderung.

Auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit schätzen die Befragten ähnlich ein. 55% (-6 Pp) der Deutschen und eine relative Mehrheit der Europäer (44%, +/-0 Pp) glauben, dass die Situation so bleiben wird wie bisher. Allerdings sind 30% (+13 Pp) der Deutschen und ebenfalls 30% (+4 Pp) der Europäer der Meinung, dass sich die Arbeitslosigkeit in den kommenden 12 Monaten erhöhen wird.

¹ QA1a: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Lage der deutschen Wirtschaft; Die Lage der europäischen Wirtschaft; Ihre persönliche berufliche Situation; Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes; Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland

² QA2a: Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht: Ihr Leben im Allgemeinen; die wirtschaftliche Lage in der EU; Ihre persönliche berufliche Situation; die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland; die finanzielle Situation Ihres Haushaltes; die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Dieser Pessimismus wird z.B. von den Befragten stark genährt, die den Prozess der Globalisierung kritisch sehen. Unter dieser Gruppe erwarten 41% eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation Deutschlands. Auch unter denen, die ein negatives Bild der EU haben, glauben überproportional viele, dass die Arbeitslosigkeit steigen wird (42%).

Ihre persönliche Job-Situation wird sich im kommenden Jahr nicht verändern, erwarten 69% (+/-0 Pp) der Deutschen und 60% (+/-0 Pp) der Europäer.

Die wirtschaftliche Situation in der Europäischen Union wird im kommenden Jahr so bleiben wie bisher, glauben 43% (+/-0 Pp) der Deutschen und 42% (+/-0 Pp) der Europäer. Allerdings macht sich jeder dritte Deutsche (35%, + 10 Pp) und 24% (+6 Pp) der Europäer Sorgen, dass die europäische Wirtschaft erlahmt.

3. Die wichtigsten Herausforderungen, denen Deutschland und die EU gegenwärtig gegenüber stehen³

Die Regelung von militärischen Konflikten in den Nachbarregionen und der Umgang mit den Flüchtlingsströmen gehört zu den wichtigsten Aufgaben der EU in der nahen Zukunft. Gleichzeitig verstärkte sich die EU-Binnenmigration während der Wirtschaftskrise. Besonders Deutschland ist Zielland für Flüchtlinge und Migranten. Für 37% (+15 Pp) der Deutschen ist Immigration mittlerweile zu dem wichtigsten Thema geworden, dem sich Deutschland gegenüber sieht. An zweiter Stelle, aber weit weniger dringlich sehen die Deutschen die Themen Staatsschulden (17%, -7 Pp) und das Bildungssystem (17%, -5 Pp). Europaweit ist Immigration weit weniger ein vordringliches Thema (18%, +3 Pp). Nur Großbritannien (38%, -3 Pp) und Malta (57%, -7 Pp) messen dem Thema ähnliche Priorität ein, wie die befragten deutschen Bürger. Im europäischen Schnitt steht die Arbeitslosigkeit an der Spitze der Probleme (45%, -3 Pp), gefolgt von der wirtschaftlichen Situation (24%, -5 Pp).

Einwanderung steht für die Deutschen (37%, +9 Pp) auch an erster Stelle bei der Frage, welches die wichtigsten Herausforderungen sind, denen die EU gegenübersteht. An zweiter Stelle nennen die Deutschen die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten (36%, -6 Pp). Europaweit ist das wichtigste Problem die wirtschaftliche Lage (33%, -6 Pp), gefolgt von Arbeitslosigkeit (29%, -5 Pp).

Allerdings sind die Deutschen persönlich eher selten von den Folgen der Immigration betroffen (6%, +3 Pp).⁴ Viel mehr machen ihnen steigende Preise zu schaffen (28%, -6 Pp), gefolgt von Problemen der Gesundheitsfürsorge (16%, +/-0 Pp) und der Renten (16%, -2 Pp). Europaweit ist ebenfalls die Preissteigerung (30%, -2 Pp) für die Bürger persönlich das größte Problem, gefolgt von Arbeitslosigkeit (19%, -2 Pp) und der finanziellen Situation des eigenen Haushaltes (19%, +3 Pp).

³ QA3a: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht? QA5: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

⁴ QA4a: Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

II. Der Weg zu mehr Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel

Die Bürger erwarten von der EU, dass sie sich mit den großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen befasst, beispielsweise mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Das Arbeitsprogramm der neuen Kommission unter Jean-Claude Juncker, die im Herbst 2015 ihre Arbeit aufgenommen hat, ist ein Schritt in diese Richtung. Die Kommission legt in ihrem Arbeitsprogramm dar, was sie 2015 unternehmen wird.⁵

Nach wie vor leiden die Volkswirtschaften der EU aber unter den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Auch im aktuellen Bericht wurden die Bürger danach gefragt, ob sie ausgewählten Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zustimmen oder nicht.

1. Wie soll der Reformkurs weitergehen?⁶

Die Deutschen sehen trotz der derzeit guten wirtschaftlichen Lage die **Notwendigkeit weiterer Reformen im eigenen Land** (83%, -4 Pp). Europaweit sehen das 87% (-1 Pp) genauso. 83% (-2 Pp) der Deutschen und 76% (-2 Pp) der Europäer sind der Meinung, dass der **Abbau von Staatschulden** keine Verzögerung duldet. 63% (+/-0 Pp) der Deutschen und 60% (-1 Pp) der Europäer glauben, dass die Europäische Union in der Lage ist, die **ökonomischen Interessen Europas in der globalen Wirtschaft zu verteidigen**.

Konkret kündigt die Kommission für 2015 Folgendes an:

Eine Investitionsoffensive für Europa, mit der in den nächsten drei Jahren öffentliche und private Investitionen in die Realwirtschaft im Umfang von mindestens 315 Mrd. Euro mobilisiert werden sollen.

Ein ambitioniertes Paket für den digitalen Binnenmarkt:

Ergänzung des Regulierungsrahmens für den Telekommunikationssektor, die Modernisierung der EU-Gesetzgebung zum Urheberrecht, die Vereinfachung der Verbraucherbestimmungen im Online- und digitalen Handel, die Stärkung der Cyber-Sicherheit.

Erste Schritte auf dem Weg zu einer europäischen

Energieunion: Vorhaben zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, für eine engere Verzahnung der nationalen Energiemärkte, zur Senkung der Energienachfrage und zur Verringerung des Kohlenstoffanteils im europäischen Energie-Mix.

Ein faireres Steuerkonzept: ein Aktionsplan gegen Steuerumgehung und Steuerbetrug, der auch Maßnahmen auf der EU-Ebene vorsieht, um zu einem Steuerrecht zu gelangen, bei dem Gewinne dort besteuert werden, wo die erwirtschaftet wurden, sowie einen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen und eine Stabilisierung der Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage.

Eine europäische Migrationsagenda: Entwicklung eines Konzepts für legale Migration, damit die EU für talentierte und qualifizierte Arbeitskräfte attraktiver wird, und bessere Steuerung der Einwanderung in die EU durch engere Zusammenarbeit mit Drittländern, Solidarität unter den Mitgliedstaaten und Bekämpfung des Menschenhandels.

Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion:

Fortsetzung der Bemühungen um die Förderung wirtschaftlicher Stabilität und der Attraktivität Europas als Investitionsstandort.

2. Meinungen zu Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise⁷

Eine stärkere **Regulierung der Finanzmärkte** ist für die EU-Bürger nach wie vor ein wichtiges Thema. 68% (+3 Pp) der Deutschen und 64% (+2 Pp) der Europäer halten dies für einen effektiven Weg, die immer noch spürbare Krise zu bekämpfen und neuen Krisen vorzubeugen.

⁵ Ein neuer Start für Europa, Junckers Leitlinien: http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_de.pdf

⁶ QC2: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Deutschland braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein; Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in Deutschland dulden keinen Aufschub; Die EU hat genügend Macht und Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen.

⁷ QC3: Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten.

Auch weitgehenden Maßnahmen, die zentrale Rechte der nationalen Parlamente auf die europäische Ebene verlegen würden, verschließen sich die Befragten nicht. So können sich z.B. die **Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU** eine relative Mehrheit der Deutschen (48%, +2 Pp) und sogar eine absolute Mehrheit der Europäer (53%, +4 Pp) vorstellen und glauben an die Wirksamkeit einer solchen zentralen Kontrollinstanz.

Ähnliche Zustimmungsraten erhält der Vorschlag, **Geldbußen für Regierungen von EU-Mitgliedstaaten zu verhängen, die zu viel Geld ausgeben oder leihen**. 51% (+3 Pp) der Deutschen und 58% (+2 Pp) der Europäer halten diesen Vorschlag für eine effektive Möglichkeit, Haushaltsdisziplin in der Europäischen Union zu garantieren.

Eine **zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene** halten 75% (+/-0 Pp) der Deutschen und 65% (+2 Pp) der Europäer für eine gute Möglichkeit, rechtzeitig Gefahren erkennen zu können.

3. Reform der weltweiten Finanzmärkte⁸

Finanztransaktionssteuer: Um die weltweiten Finanzmärkte weniger anfällig für Krisen zu machen, werden immer wieder bestimmte Reformvorschläge diskutiert, zum Teil schon seit Jahrzehnten, wie z.B. die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen, die u.a. das automatisierte Wetten auf minimale Kursveränderungen stark verteuern würde. 73% (+1 Pp) der Deutschen und 53% (+8 Pp) der Europäer würden eine solche Steuer unterstützen. Allerdings halten die befragten Ungarn (64%, -2 Pp), Niederländer (60%, +2 Pp), aber auch relative Mehrheiten der Iren (46%, -8 Pp), der Briten (44%, -7 Pp), und der Befragten Maltas (43%, -7 Pp) nichts von solchen Einschränkungen der Finanzmärkte.

Gemeinsame europäische Staatsanleihen: Ganz anders ist die Meinung zur Einführung gemeinsamer Staatsanleihen der Länder der Eurozone, den sogenannten Eurobonds. Nur 18% (-1 Pp) der Deutschen unterstützen eine solche Maßnahme. Europaweit findet eine solche Maßnahme mittlerweile aber eine relative Mehrheit von 39% (+7 Pp) unter den Befragten. 30% (-4 Pp) sind dagegen, während 31% (-3 Pp) keine Meinung haben.

Regulierung von Bonuszahlungen: Wenn es um die Regulierung der Gehälter im Finanzsektor geht, ändert sich das Bild wieder. Hier sind sich die Europäer mit den Deutschen einig: 76% (-8 Pp) der Deutschen und 74% (-6 Pp) der Europäer finden, dass Art und Umfang von Bonuszahlungen stärker kontrolliert werden sollten.

Regulierung von Steueroasen: Ebenso verhält es sich mit den sogenannten Steueroasen. 92% (-2 Pp) der Deutschen und 86% (-3 Pp) der Europäer sind für schärfere Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen.

4. Bewertung der Ziele, die die EU bis 2020 erreichen will⁹

Die Europäische Union hat sich mit der Wachstumsstrategie Europa 2020 ehrgeizige Ziele gesetzt. Die meisten Befragten stimmten mit den Zielen überein und halten sie für realistisch.

Das **drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren einen Job haben sollten**, halten 56% (+/-0 Pp) der befragten Deutschen und 58% (+1 Pp) der Europäer für ebenso angemessen, wie das Ziel, das die **Ausgaben für Forschung und Entwicklung jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen sollten** (DE: 55%, +3 Pp; EU: 53%, +3 Pp). Die **Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20% bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990** findet eine relative Mehrheit der Deutschen (45%, -2 Pp) für machbar, in der EU sind

⁸ QC4: Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.

⁹ QB2: Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

es sogar 52% (+1 Pp). Die **Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20% bis 2020** halten Deutsche wie Europäer für machbar (DE: 52%, +1 Pp; EU: 58%, +2 Pp).

Der Anteil **junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte auf 10% zurückgehen** – 40% (+/-0 Pp) der Deutschen halten diesen Ansatz für richtig, aber 35% (-2 Pp) halten dieses Ziel immer noch für unzureichend. Europaweit sind 51% (+1 Pp) mit dieser Zielgröße einverstanden. **Mindestens 40% der Menschen zwischen 30 und 34 Jahren sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben**, findet in Europa eine relative Mehrheit (46%, +2 Pp) der Befragten, in Deutschland allerdings nur knapp jeder Vierte (28%, +3 Pp). 63% (-4 Pp) finden dieses Ziel zu ambitioniert.

Dass die **Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden soll**, finden 42% (+2 Pp) der Deutschen und 49% (+3 Pp) der Europäer richtig.

49% (-8 Pp) der Deutschen und 46% (+1 Pp) der Europäer glauben, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt, um die oben abgefragten Ziele zu erreichen.¹⁰

5. Meinung zum Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA¹¹

41% der Deutschen sind gegen ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. 39% sind dafür und 20% haben zu dieser Frage keine Meinung. Europaweit ist eine klare Mehrheit für ein solches Abkommen (58%). Dagegen sind 25% und unentschieden sind 17% der Befragten. Befürworter eines solchen Abkommens sind vor allem Litauer (79%), Malteser (75%), Rumänen (75%), Niederländer (74%), Polen (73%), Esten (72%), Dänen (71%) und Iren (71%). Ähnlich skeptisch wie die Deutschen sind nur noch die Österreicher (53%) und Luxemburger (43%). In allen anderen Ländern der EU finden sich derzeit Mehrheiten für ein Handelsabkommen mit den USA.

Sieht man sich die soziodemografischen Daten genauer an, dann fällt auf, dass in Deutschland vor allem die sogenannte **Babyboomer-Generation** (also die Jahrgänge zwischen 1946 bis 1964) und die darauf folgende „**Generation X**“ (Jahrgänge 1965 bis 1980) mit **44% und 43% TTIP am ablehnendsten gegenüber stehen**. Unter der **jüngsten Gruppe** der Befragten, also ab Jahrgang 1981 ist dagegen eine **relative Mehrheit von 41%** für TTIP und nur noch 39% dagegen. Gleichzeitig **steigt die Ablehnung eines Freihandelsabkommen mit dem Bildungsgrad**. Unter den Befragten die am Ende ihrer Ausbildung über 20 Jahre alt waren, also mindestens Abitur besitzen, beträgt die Ablehnung 46%, bei den Befragten, die zwischen 16-19 Jahre alt waren, als sie ihre Ausbildung beendeten immer noch 40% und bei denen, die 15 Jahre oder jünger waren, 35%. Allerdings tritt auch hier eine Art Generationsbruch auf, denn unter der jüngsten Gruppe der Hochgebildeten, also bei den Studenten, sind nur noch 38% gegen TTIP und eine relative Mehrheit von 39% dafür. Weiterhin fällt auf, dass die **Ablehnung in den Großstädten noch ausgeprägter ist (46%)**, als auf dem Land (39%). Die Ablehnung scheint keine Folge von politischem Desinteresse zu sein; gerade diejenigen, die angeben, **besonders viel über europäische Politik zu diskutieren (60% Ablehnung) und sich für politische Fragen interessieren (54% Ablehnung), sind gegen TTIP**. Diejenigen der Befragten, die mit dem Funktionieren der europäischen Demokratie zufrieden sind, sind mit einer relativen Mehrheit von 49% (31% dagegen) für TTIP. In den **anderen europäischen Ländern lässt sich kein Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit oder –unzufriedenheit und der Unterstützung oder Ablehnung von TTIP feststellen**. So sind europaweit z.B. 50% der Befragten, die nicht mit der europäischen Demokratie zufrieden sind, trotzdem für TTIP. Von den Befragten, die zufrieden sind, sind 70% für das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA.

¹⁰ QB3: Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?

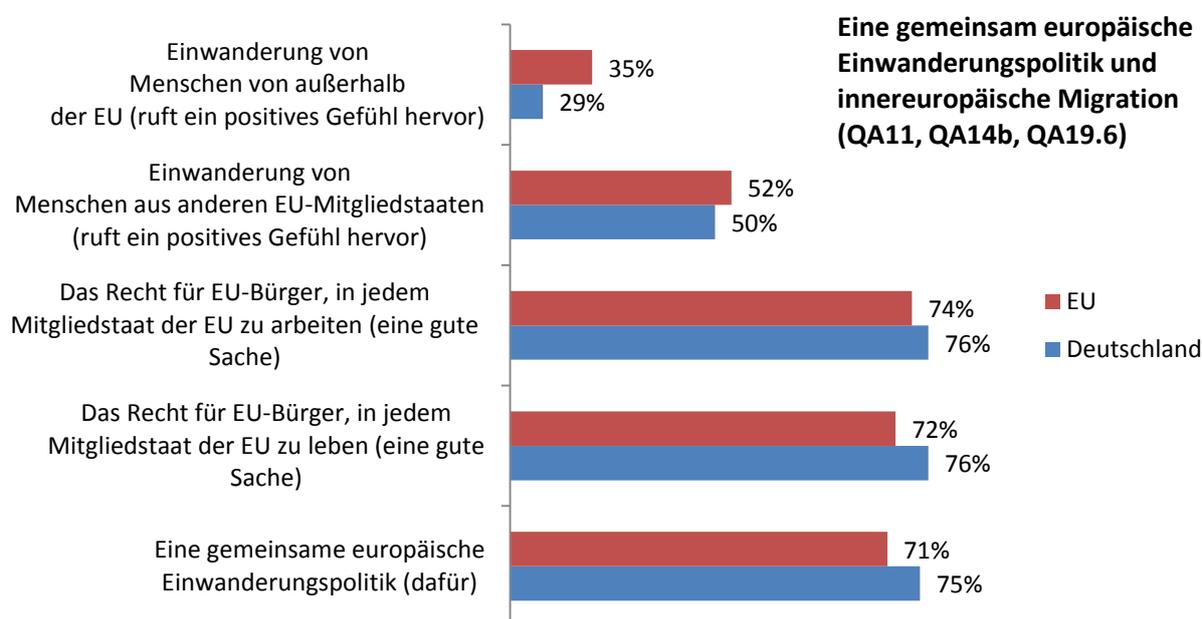
¹¹ QA19.5: Ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA

6. Einstellungen zu Einwanderung in die EU und Migration innerhalb der EU

Einwanderung steht für die Deutschen ganz klar auf der europäischen Agenda: sie **ist für die befragten Deutschen im Moment das wichtigste Problem**, vor dem die Europäische Union steht (37%, +9 Pp). Europaweit sehen das immerhin 24% (+3 Pp) der Befragten genauso.¹² Vor allem diejenigen unter den befragten Deutschen, die unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Europa sind, sehen Einwanderung als wichtigstes Problem der EU (43%).

Dabei stehen 50% der Deutschen und 52% der Europäer **Einwanderern aus anderen EU-Staaten aufgeschlossen gegenüber**. 76% der Deutschen und 72% der Europäer finden es gut, dass **jeder EU-Bürger in jedem EU-Land leben kann** und 76% der Deutschen und 74% der Europäer halten es ebenfalls eine gute Sache, dass **jeder EU-Bürger im Land seiner Wahl arbeiten darf**.¹³ Vor allem die nach 1980 geborene Generation unterstützt sowohl die freie Wahl des Lebensmittelpunkts, als auch des Arbeitsplatz stark (jeweils 81% Zustimmung). **Selbst die befragten Deutschen und Europäer, die ein schlechtes Bild von der EU haben, sind mehrheitlich dafür, dass sich EU-Bürger innerhalb der EU überall niederlassen dürfen** (DE: 54% bzw. 71%; EU: 51% bzw. 68%).

Ganz anders ist die Wahrnehmung, wenn es um Migration von außerhalb der EU geht: dieser stehen nur 29% der Deutschen und 35% der Europäer positiv gegenüber, während **61% der Deutschen und 57% der Europäer Einwanderung von außerhalb der EU ablehnen**.¹⁴ Eine relative Mehrheit der Deutschen (45%) wie der Europäer (35%) ist dafür, **illegale Einwanderung von außerhalb der EU auf EU-Ebene und nationaler Ebene gleichzeitig zu bekämpfen**.¹⁵ Zu dieser Einstellung passt auch die Wahrnehmung einer wachsenden Anzahl an Befragten in Deutschland (29%, +8 Pp) die das Gefühl haben, dass es **an den Außengrenzen der EU zu wenig Kontrollen gäbe**.¹⁶ Deutsche und Europäer, die **nach wie vor eine Erweiterung der EU unterstützen, sehen auch die Einwanderung von Menschen aus Ländern außerhalb der EU positiv** (49% bzw. 51%). Allerdings gehören zu dieser Gruppe in Deutschland nur 24% (+3 Pp) und in Europa 39% (+2 Pp) der Befragten.



¹² QA5: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

¹³ QA14b: Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob es sich dabei Ihrer Meinung nach um eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder um eine gute noch eine schlechte Sache handelt. 1. Das Recht für EU-Bürger, in jedem Mitgliedstaat der EU zu leben. 2. Das Recht für EU-Bürger, in jedem Mitgliedstaat der EU zu arbeiten

¹⁴ QA11: Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen ein positives oder ein negatives Gefühl bei Ihnen hervorrufen. 1. Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten. 2. Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU

¹⁵ QA12: Sollten Ihrer Meinung nach zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU ergriffen werden?

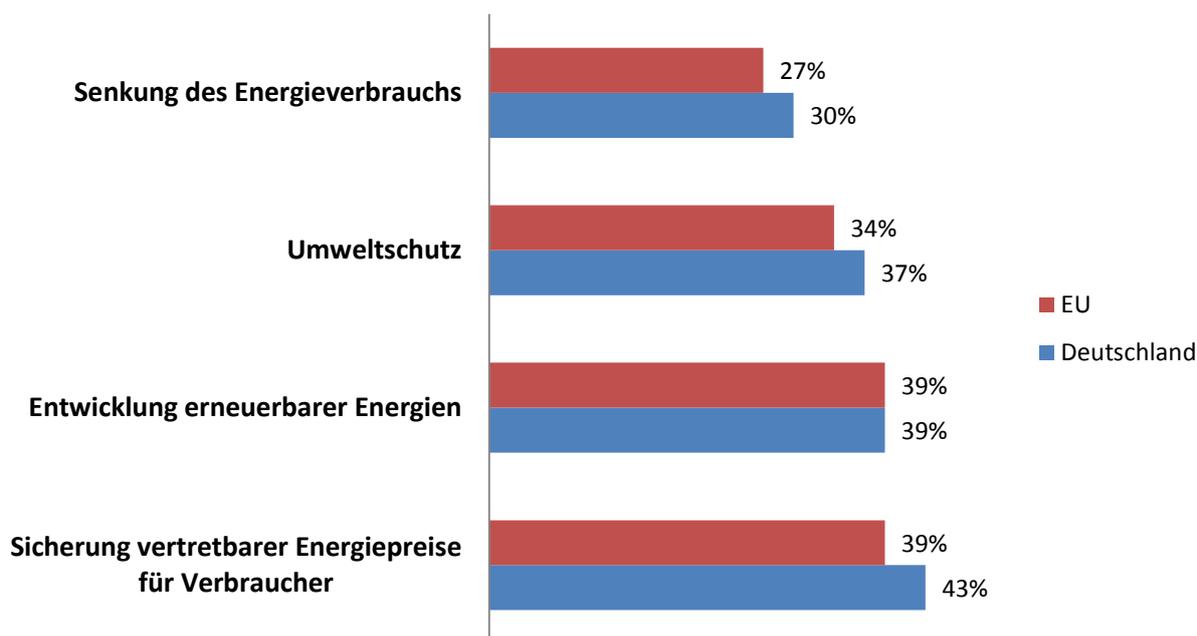
¹⁶ QA13.14: Was bedeutet die EU für Sie persönlich? Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen

7. Europäische Energieunion¹⁷

Die Ziele der neuen EU-Kommission zu einer gemeinsamen europäischen Energieunion – Versorgungssicherheit, engere Verzahnung der nationalen Energiemärkte, Senkung des Energieverbrauchs und Verringerung des Kohlenstoffanteils im europäischen Energie-Mix – unterstützen 82% der Deutschen und 73% der befragten Europäer.

Höchste Priorität für Deutsche (43%) wie für Europäer insgesamt (39%) hat die **Sicherung vertretbarer Energiepreise**, gefolgt von der **Entwicklung erneuerbarer Energien** (DE: 39%, EU: 39%). An dritter Stelle nennen Deutsche (37%) und Europäer (34%) den **Umweltschutz**. Das Ziel der EU-Kommission, den **Energieverbrauch zu drosseln**, unterstützen in Deutschland 30% und europaweit 26% der Befragten.

QC5: Prioritäten einer europäischen Energieunion



8. Datenschutz in der EU

Auf der Agenda der neuen EU-Kommission steht auch die Ausgestaltung des sogenannten digitalen Binnenmarktes. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Cybersicherheit. 81% der Deutschen und 75% der Europäer glauben im Moment allerdings, dass zum Beispiel die **Bedeutung des Datenschutzes unterschätzt** wird. 89% der Deutschen und 79% der Europäer sind der Meinung, dass **Datenschutz eine Priorität der Europäischen Union** sein sollte.¹⁸

86% der **deutschen Studenten glauben, dass Datenschutz von den politisch Verantwortlichen noch nicht ernst genug genommen wird**. Europaweit sind es 76%. Vor allem diejenigen unter den befragten Deutschen und Europäern, die sich für **europäische politische Themen interessieren**, halten **Datenschutz für ein bislang unterschätztes Politikfeld** (90% bzw. 82%).

Das **Datenschutz eine Priorität der Europäischen Union sein soll, diese Meinung teilen ausnahmslos alle Befragten**, das gilt selbst für diejenigen der befragten Deutschen und Europäer, die z.B. angeben, das Internet nie zu benutzen (84% bzw. 65%).

¹⁷ QC5: Welchen der folgenden Ziele sollte innerhalb einer europäischen Energieunion Ihrer Meinung nach die größte Priorität eingeräumt werden?

¹⁸ QA14a: Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen. 1. Die Bedeutung von Datenschutzfragen wird heutzutage unterschätzt. 2. Der Datenschutz sollte eine Priorität für die EU sein.

III. Einstellungen der Bürger zur EU

1. Einstellung zur EU

38% (+2 Pp) der Deutschen und 39% (+4 Pp) der Europäer haben ein **positives Bild von der Europäischen Union**¹⁹ und immer mehr Deutsche (34%, +4) wie Europäer (37%, +6 Pp) haben **Vertrauen zur Europäischen Union**.²⁰ Eine relative Mehrheit der Deutschen (49%, -6 Pp) fühlen sich **der EU verbunden**. Europaweit fühlen sich allerdings 52% (+/-0 Pp) der EU nicht verbunden.²¹ 74% (-5 Pp) der Deutschen und 63% (-2 Pp) der Europäer **fühlen sich als Bürger der EU**.²² Der Europäischen Kommission vertrauen 36% (+1 Pp) der Deutschen und 38% (+6 Pp) der Europäer. Für Deutsche (58%, +3 Pp) und Europäer 50% (+6 Pp) bedeutet die EU persönlich vor allem, **die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können**.²³

2. Identifikation mit der EU

Wie sehr die Befragten sich als Europäer fühlen, hat auch mit konkreten Erfahrungen zu tun. 22% (-4 Pp) der Deutschen und 17% (+/-0 Pp) der Europäer haben in den **vergangenen 12 Monaten ein anderes EU-Land besucht**. 16% (-2 Pp) der Deutschen und 15% (+1 Pp) der Europäer haben im selben Zeitraum ein **Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen Sprache gelesen**. 44% (-5 Pp) der Deutschen und 30% (+/-0 Pp) der Europäer hatten **Kontakt zu Bürgern eines anderen EU-Landes**. In einer anderen Sprache ferngesehen haben 19% (-3 Pp) der Deutschen und 24% (+/-0 Pp) der Europäer. 11% (-1 Pp) der Deutschen und 13% (+2 Pp) der Europäer haben **übers Internet etwas in einem anderen EU-Land gekauft**.²⁴

Aber auch konkrete politische Projekte würden das Zugehörigkeitsgefühl zur EU erhöhen, glauben die befragten Bürger. Ein **europäisches Sozialsystem**, das zwischen den Mitgliedstaaten vereinheitlicht ist (Gesundheitswesen, Bildung, Renten etc.), würde nach Dafürhalten von 36% der Deutschen und 32% der Europäer eine höhere Identifikation mit der EU bewirken. Für die Deutschen (34%) und Europäer (27%) gilt das auch für die Möglichkeit, **sich nach der Pensionierung in einem anderen Mitgliedstaat niederzulassen**.²⁵

Friede (DE: 52%, +1 Pp; EU: 40%, +3 Pp), **Demokratie** (DE: 43%, +5 Pp; EU: 31%, +1 Pp) und **Menschenrechte** (DE: 40%, +5 Pp; EU: 36%, +2 Pp) sind für Deutsche wie für Europäer zentrale Werte der Europäischen Union.²⁶

45% (+5 Pp) der Deutschen und 47% (+6 Pp) der Europäer glauben, dass die **Europäische Union die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze in Europa schafft**. Dass die **EU für die Sparpolitik in Europa verantwortlich** ist, glauben 63% (+1) der Deutschen und 63% (+2 Pp) der Europäer. Die EU sorgt dafür, dass es **einfacher ist, in Europa Geschäfte** zu machen, finden 78% (-3 Pp) der Deutschen und 65% (+1 Pp). Dass die EU zu **viel Bürokratie** erzeugt, finden 85% (+/-0 Pp) der Deutschen und 72% (-1 Pp) der Europäer. Die **EU wird nicht gerechter aus der Krise hervorgehen**, glauben 45% (+1 Pp) der Deutschen und 39% (-2 Pp) der Europäer. Und auch, dass die EU dafür sorgt, dass der **Finanzsektor seinen gebührenden Beitrag** leistet, glauben 48% (-3 Pp) der Deutschen und 47% (-1 Pp) der Europäer nicht. Dass die EU die **Lebenshaltungskosten in Europa senkt**, davon sind

¹⁹ QA9: Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

²⁰ QA8a: Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

²¹ QD1a: Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit der Europäischen Union

²² QD2a: Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. Sie fühlen sich als Bürger der EU

²³ QA13: Was bedeutet die EU für Sie persönlich?

²⁴ QD5a: Haben Sie in den letzten 12 Monaten -

²⁵ QD7: Was auf dieser Liste würde am besten Ihr Gefühl stärken, ein europäischer Bürger zu sein?

²⁶ QD8: Welche der folgenden Werte repräsentieren am besten die EU?

gerade mal 18% (+2 Pp) der Deutschen und 24% (+4 Pp) der Europäer überzeugt. 72% (-4 Pp) der Deutschen und 64% (-4 Pp) der Europäer sind nicht dieser Meinung. Die **EU verbessert die Lebensqualität** in Europa, glauben aber wieder 54% (+2 Pp) der Deutschen und 49% (+4 Pp) der Europäer. Die **EU hilft bei der Bewältigung globaler Bedrohungen und Herausforderungen** – davon sind 62% (+/-0 Pp) der Deutschen und 59% (+4 Pp) der Europäer überzeugt. Die EU hilft dabei, ihre **Bürger zu beschützen**, glauben 58% (+/-0 Pp) der Deutschen und 57% (+4 Pp) der Europäer. Was die EU ist und was sie will, ist nicht immer klar. Die **EU braucht eine klarere Botschaft**, finden 84% (+1 Pp) der Deutschen und 80% (+1 Pp) der Europäer.²⁷

Der **Friede unter den Mitgliedstaaten** ist für 50% (+1 Pp) der befragten Deutschen und 34% (+2 Pp) der Europäer die größte Errungenschaft der EU, gefolgt vom **freien Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen** innerhalb der EU, finden 42% (+/-0 Pp) der Deutschen und 31% (+1 Pp) der Europäer.²⁸

QD7: Was auf dieser Liste würde am besten Ihr Gefühl stärken, ein europäischer Bürger zu sein?



²⁷ QA15: Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

²⁸ QD4a: Welche der folgenden sind Ihrer Meinung nach die positivsten Errungenschaften der EU?

IV. Schlussfolgerung

Für die gesamte Europäische Union, aber ganz besonders für einige ihrer Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, ist das, was an ihren Außengrenzen passiert, keine abstrakte Nachricht mehr. Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten suchen auf lebensgefährlichen Wegen Schutz in der EU. Einwanderung ist demnach für die in diesem Bericht befragten Deutschen das wichtigste Thema, vor dem ihr eigenes Land, aber auch die gesamte Europäische Union steht.

Die neue Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker hat gleich nach ihrem Antritt am 1. November 2014 Leitlinien verabschiedet, die das Jahr 2015 prägen sollen. Die Umfrage für den vorliegenden Bericht wurde zwischen dem 8. und 17. November 2014 in den 28 Mitgliedstaaten der EU, den fünf Kandidatenländern Türkei, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Island, Serbien und Montenegro sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. Somit konnten die Einstellungen der Bürger zur Agenda der neuen Kommission nicht abgefragt werden; einige der Leitlinien der Juncker-Kommission finden sich als Themen allerdings sehr wohl im vorliegenden Bericht wieder.

- Migration und Immigration: Die neue Kommission will eine neue Einwanderungspolitik und hat dafür die Unterstützung der Befragten in Deutschland wie in Europa.
- Energieunion: Nicht zuletzt die Ukraine Krise und die damit verbundenen Unsicherheiten bei den russischen Gaslieferungen hat die Notwendigkeit einer gemeinsamen Energiepolitik deutlich gemacht und auch hier zeigen die in diesem Bericht vorliegenden Daten die Unterstützung der befragten Bürger in Deutschland und der EU.
- Digitaler Binnenmarkt: Vor allem ein besserer Daten- und Verbraucherschutz ist ein Anliegen der Deutschen und Europäer an die Europäische Kommission. Die Möglichkeit, EU weit zu denselben Konditionen online einzukaufen, zu telefonieren trägt zudem nach Aussage der Befragten zu einer stärkeren Identifikation als Europäer bei.
- Ein faireres Steuerkonzept: Kampf gegen Steuerumgehung und Steuerbetrug, eine Regulation von Steueroasen sind Maßnahmen, die in diesem wie in den vorhergehenden Berichten von den Befragten gefordert wurden.
- Mehr Investitionen: Auch in diesem Punkt hat die neue Kommission die Unterstützung der Bürger.

Trotz einer unsicherer gewordenen Welt sehen die befragten Deutschen und Europäer für die Europäische Union eine gute Zukunft voraus.